In der Senatssitzung am 16. November 2021 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa

08.11.2021

Vorlage für die Sitzung des Senats am 16.11.2021

Verlängerung einer beschlossenen Maßnahme des Bremen-Fonds:

Fortsetzung der coronabedingten Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts der Bremer Aufbau-Bank GmbH in 2022 („Corona-Mittelstandsfonds“)

A. Problem

Insgesamt hatten bremische Unternehmen coronabedingt in 2020 im Bundesvergleich einen überdurchschnittlich starken wirtschaftlichen Einbruch erlitten¹, die Insolvenzengefahren waren seit dem zweiten Lockdown wieder deutlich gestiegen und ein Ende der wirtschaftlichen Krise war im Frühjahr 2021 noch nicht absehbar. Die von Bund und Ländern ergriffenen Corona-Maßnahmen und Hilfsprogramme (insb. Zuschussprogramme, Kurzarbeitergeld, KfW-Kreditprogramme) konnten die Folgen der Pandemie weitgehend abfedern. Angesichts der zeitlichen Begrenzung der bislang vorrangig von Unternehmen und der Kreditwirtschaft genutzten KfW-Sonderprogramme und des Programms „Beteiligungskapital in der Corona-Krise“ (sog. „Säule 2“) war jedoch ein coronabedingter Anstieg der Nachfrage von bonitätsschwächeren bremischen Unternehmen nach Kreditprodukten der Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB) und Beteiligungsinstrumenten der BAB Beteiligungs- und Managementgesellschaft Bremen mbH (BBM) bereits im zweiten Halbjahr 2021 zu erwarten gewesen. Entsprechend hat der Senat am 11.05.2021 eine Maßnahme des Bremen-Fonds zur Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts für 2021 beschlossen.

Auf der Grundlage dieser Beschlussfassung und der weiteren Gremienbefassung wurden die Programmkriterien im Kreditgeschäft der BAB angepasst, die Kreditvergabe der BAB entsprechend gelockert und das Beteiligungsinstrumentarium der BBM zur Schließung der aufgezeigten Förderlücke für mittlere und große Unternehmen durch in der Regel stille Beteiligungen mit größeren Beteiligungskapitalvolumina (grundsätzlich bis zu TEUR 5.000) erweitert. Die zur Umsetzung der Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts erforderlichen Mittel aus dem Bremen-Fonds in Höhe von TEUR 12.500 für 2021 (davon kalkulatorisch TEUR 500 für das Instrument „Kredite“ und TEUR 12.000 für das Instrument „großvolumige Beteiligungen“) wurden zur möglichst effektiven, bedarfsgerechten und flexiblen Verwendung im sog. „Corona-Mittelstandsfonds“ bei der BAB gebündelt.

Entgegen ursprünglicher Annahmen wurden zwischenzeitlich insbesondere viele Bundesprogramme und -hilfen immer wieder erweitert bzw. verlängert. Mit diesen Hilfen

¹ Vgl. Pressemitteilung der IHK Bremen vom 28.12.2020 (PM 88-2020).

aus den Zuschussprogrammen, dem Kurzarbeitergeld und den KfW-Kreditprogrammen wurden viele Unternehmen liquiditätsmäßig gut ausgestattet, um die eigene Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Auch BAB und BBM haben – wann immer möglich – zur Entlastung des bremischen Haushalts vorrangig insbesondere Bundesmittel sowohl im Kredit- als auch im Beteiligungsgeschäft eingesetzt, so dass bislang keine Veranlassung bestand, aus dem Bremen-Fonds resultierende Landesmittel des Corona-Mittelstandsfonds zu verwenden.

Vor dem Hintergrund dieser nicht vorhersehbaren, verzögerten Entwicklung werden aller Voraussicht nach nicht alle bereits beschlossenen und aus dem Bremen-Fonds zur Verfügung gestellten Mittel bis Ende 2021 von BAB und BBM für auszugebende Kredite bzw. Beteiligungen in Anspruch genommen werden. Es bedarf daher einer Entscheidung darüber, ob und für welchen Zeitraum die beschlossene Maßnahme des Bremen-Fonds zur coronabedingten Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts der Bremer Aufbau-Bank GmbH verlängert und die Mittel in das Folgejahr 2022 übertragen werden können.

B. Lösung

Damit die coronabedingte Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts der Bremer Aufbau-Bank GmbH über den Corona-Mittelstandsfonds zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf bremische Unternehmen auch in 2022 fortgesetzt werden kann, soll eine Verlängerung der beschlossenen Maßnahme des Bremen-Fonds umgesetzt werden.

Allein der Umstand, dass der prognostizierte – wenngleich nur sehr schwer vorhersehbare – coronabedingte Anstieg der Nachfrage von bonitätsschwächeren bremischen Unternehmen nach Kreditprodukten der BAB und Beteiligungsinstrumenten der BBM sich nur verzögert entwickelt hat, kann einer Verlängerung nicht *per se* entgegenstehen. Schließlich ist es nicht nur in der Sache positiv zu bewerten, dass bremische Unternehmen insbesondere aufgrund verschiedener Bundesprogramme und -hilfen auf bremische Landesmittelprogramme wie den Corona-Mittelstandsfonds bislang nicht angewiesen waren, sondern dieses zusätzliche Unterstützungsinstrument kann zur Abmilderung der weiterhin bestehenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise im Jahr 2022 einen wesentlichen Beitrag leisten.

Der im Zusammenhang mit der Vorstellung des Corona-Mittelstandsfonds erfolgte intensive Austausch über das bestehende Netzwerk der BAB (u. a. in den Firmenkundenbereichen bzw. Sanierungsabteilungen bei regionalen Kreditinstituten, bei der Handels- sowie Handwerkskammer, bei Unternehmensberatern, Steuerberatern und Insolvenzberatern) rechtfertigt weiterhin – wenn auch zeitlich verzögert – die Annahme, dass eine steigende und erhöhte Nachfrage nach Kredit- und Beteiligungsinstrumenten des Corona-Mittelstandsfonds zunehmend wahrscheinlicher wird. Zwar besteht derzeit im Land Bremen aber auch bundesweit noch keine erhöhte Anzahl an Insolvenzanträgen und auch von der seit dem 01.01.2021 bestehenden Möglichkeit für Unternehmen, in eine vorinsolvenzliche Sanierung über das neue Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG) zu gehen,

wird kaum Gebrauch gemacht. Allerdings verdichten sich Warnindikatoren wie beispielsweise vermehrt gestundete Steuer- und Sozialverbindlichkeiten oder hochgefahrere Lieferantenkredite. Außerdem sind ab 2022 Liquiditätsabflüsse aus den Tilgungsfälligkeiten der umfangreich vergebenen KfW-Kreditprogramme zu erwarten. Derartige ab 2022 zu tilgende Verbindlichkeiten haben unverändert einen Corona-Bezug. Entscheidend wird sein, ob bremische Unternehmen in der Lage sein werden, solche coronabedingten Verbindlichkeiten über die eigentlichen Verpflichtungen des Unternehmens hinaus aus den nötigen zusätzlichen Erträgen zu bedienen. Zusammengefasst gibt es verschiedene Anzeichen, dass sich die finanzielle Lage der Unternehmen verschlechtert hat, auch wenn sich diese verschlechterte Unternehmenssituation aufgrund der in Anspruch genommenen Liquiditätshilfen noch nicht nach außen hin zeigt. Hinzu kommen weitere pandemiebedingte Herausforderungen wie unterbrochene Lieferketten bzw. bestehende Lieferengpässe, Preisexplosionen bei bestimmten Gütern, Energie und in der Logistik sowie der Mangel an qualifiziertem Personal, die die Unternehmen zusätzlich belasten werden.

Die Notwendigkeit der Verlängerung ergibt sich somit aus der begründeten, einhellig von Fachleuten bestärkten Annahme, dass für einen Großteil der Wirtschaft die Folgen aus der Pandemie erst zu einem späteren Zeitpunkt sichtbar werden. Insbesondere diejenigen, die den erleichterten Zugang zu Fremdmitteln genutzt haben, werden erst noch nachweisen müssen, dass sie den zusätzlichen Kapitaldienst auch erwirtschaften können. Gesunde mittelständische Unternehmen, die auch während der Pandemie Vollbeschäftigung hatten, konnten aufgrund von Sicherheitsmaßnahmen und Hygienevorschriften oftmals nicht rentabel produzieren. Dadurch wurde die Eigenkapitalbasis geschwächt und Ratings haben sich verschlechtert. Von der Möglichkeit, sich weitere tilgungsfreie Zeit einräumen zu lassen, wurde zudem Gebrauch gemacht. Es ist somit davon auszugehen, dass sich die coronabedingten Probleme im Jahresverlauf 2022 zuspitzen werden, nachdem insbesondere das KfW-Sonderprogramm 2020 zum Jahresende 2021 ausgelaufen sein wird.

Die fortgesetzte Umsetzung der Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts der Bremer Aufbau-Bank GmbH über den Corona-Mittelstandsfonds setzt auch weiterhin in jedem Einzelfall die explizite Prüfung und Berücksichtigung des geltenden Beihilferechts voraus. Nach aktuellem Kenntnisstand beabsichtigt die Europäische Kommission, den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 (sog. „Temporary Framework“) bis mindestens 30.06.2022 zu verlängern. Von einer entsprechenden Anpassung der damit in Verbindung stehenden, hier einschlägigen „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ bzw. „Bundesregelung für Rekapitalisierungsmaßnahmen und nachrangiges Fremdkapital 2020“ kann wie auch in der Vergangenheit ausgegangen werden.

Insgesamt wird durch eine Verlängerung gewährleistet, dass das Hauptziel des Corona-Mittelstandsfonds, nämlich die Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf bremische Unternehmen, nach wie vor erreicht werden kann. Neue Mittel werden hierfür jedoch nicht benötigt; es wird lediglich erforderlich sein, die im Haushaltsjahr 2021 nicht abfließenden bewilligten Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses 2021 zweckgebunden in das Folgejahr 2022 zu übertragen. Für eine Folgefinanzierung ab 2022, die nicht über nicht verausgabte und übertragene Mittel finanziert werden kann, wäre ein erneuter Antrag an den Bremen-Fonds zu stellen, sofern der Mittelbedarf nicht im Produktplan 71 Wirtschaft darstellbar ist.

C. Alternativen

Ein Verzicht auf die Verlängerung der Maßnahme des Bremen-Fonds zur fortgesetzten coronabedingten Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf bremische Unternehmen hätte je nach Einzelfall existenzbedrohende Folgen für die betroffenen Unternehmen und negative Auswirkungen auf die bremische Wirtschaft und die bestehenden Arbeitsplätze insgesamt. Die fortgesetzte Umsetzung der Maßnahme erfordert auch für 2022 die Bereitstellung entsprechender Landesmittel über den Bremen-Fonds, da anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten weiterhin nicht bestehen.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Eine finanzielle Aufstockung der Maßnahme des Bremen-Fonds zur fortgesetzten coronabedingten Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts ist nicht vorgesehen. Durch die Verlängerung des Corona-Mittelstandsfonds soll die Möglichkeit gegeben werden, in 2021 nicht benötigte Mittel in das Folgejahr zu übertragen. Der genaue Umfang der in diesem Jahr voraussichtlich nicht abfließenden und zweckgebunden zu übertragenden Mittel kann aktuell noch nicht beziffert werden und wird sich im weiteren Jahresverlauf konkretisieren; hierüber wird entsprechend im laufenden Controlling berichtet. Die letztliche Betragsfeststellung erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses 2021. Für eine Folgefinanzierung, die nicht über nicht verausgabte und übertragene Mittel finanziert werden kann, wäre ein erneuter Antrag an den Bremen-Fonds zu stellen, sofern der Mittelbedarf nicht im Produktplan 71 Wirtschaft darstellbar ist.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Aktivitäten richten sich an Kreditnehmer:innen und Beteiligungskapitalempfänger:innen aller Geschlechter und es wird darauf geachtet, dass alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen und erreicht werden. In die Umsetzung der Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts bei der BAB/BBM sind Angehörige aller Geschlechter involviert.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Finanzen abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden.

G. Beschluss

1. Der Senat beschließt die Verlängerung der beschlossenen Maßnahme des Bremen-Fonds zur fortgesetzten coronabedingten Erweiterung des Kredit- und Beteiligungsgeschäfts der Bremer Aufbau-Bank GmbH in 2022 („Corona-Mittelstandsfonds“). Zur haushaltsmäßigen Umsetzung stimmt der Senat zu, dass die in 2021 nicht abfließenden, bereits beschlossenen Mittel für diese Maßnahme des Bremen-Fonds im Rahmen des Jahresabschlusses zweckgebunden übertragen werden sollen. Für eine Folgefinanzierung ab 2022, die nicht über nicht verausgabte und übertragene Mittel finanziert werden kann, wäre ein erneuter Antrag an den Bremen-Fonds zu stellen, sofern der Mittelbedarf nicht im Produktplan 71 Wirtschaft darstellbar ist.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die Befassung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit sowie über den Senator für Finanzen die Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuleiten.